

Ihr Schreiben vom 07.05.2009

Sehr geehrter Herr Dr. Gerster,
sehr geehrte Frau Radhauer,
sehr geehrte Damen und Herren,

gerne beantworte ich Ihre Fragen im Vorfeld von Europa- und Bundestagswahl, auch im Namen der anderen Kandidatinnen und Kandidaten der FDP.

Für die Freie Demokratische Partei sind enge und freundschaftliche Beziehungen zu Israel vor dem Hintergrund von Geschichte und Gegenwart unserer Völker ein zentraler Bestandteil unserer Außenpolitik. Dies gilt sowohl für die nationale als auch für die europäische Ebene – in beiden Kontexten werben wir für eine fruchtbare und konstruktive Weiterentwicklung des Verhältnisses zu Israel.

Wir teilen daher auch Ihre Sorge über die Äußerungen des iranischen Präsidenten zu Israel. Das Bestreben der Völkergemeinschaft, wonach der Iran nicht in den Besitz von Atomwaffen gelangen darf, wird von der FDP ebenfalls entschieden unterstützt. Im Streit um das iranische Atomprogramm setzten wir in erster Linie auf eine Lösung am Verhandlungstisch. Der Versuch, die nukleare Bewaffnung des Iran durch militärische Intervention zu verhindern, kann die Gefahr bergen, den gesamten nahen Osten in eine Katastrophe zu führen. Dies würde einen zusätzlichen Anreiz für extremistische Kräfte darstellen, ihr Streben nach Massenvernichtungswaffen zu verstärken.

Deshalb begrüßt die FDP die Bereitschaft des amerikanischen Präsidenten zu direkten Verhandlungen mit dem Iran. Vor diesem Hintergrund würde die Forderung nach neuen Sanktionen gegen den Iran derzeit die Erfolgsaussichten für entsprechende Unterredungen jedoch beeinträchtigen.

Wir wollen dem Ansatz, über einen Dialog mit dem Iran das Problem zu lösen, zunächst Zeit geben, seine Wirkung zu entfalten. Im Rahmen dieser Gespräche muss eine Lösung gefunden werden, wie das verbrieftete Recht auf zivile Nutzung von Atomenergie so in der Realität umgesetzt werden kann, dass die Gefahr eines militärischen Missbrauchs ausgeschlossen werden kann. Erst wenn ein Ergebnis am Verhandlungstisch nicht erzielt werden kann, wird es an der Zeit sein, über wirtschaftliche Sanktionen den Iran an der Verwirklichung seiner militärischen Atompläne zu hindern.

Wir wenden uns entschieden gegen jede Form von Terror und Gewalt. Alle Personen oder Vereinigungen, die die Tatbestände der §§ 129a und 129b StGB verwirklichen oder sich sonst gegen deutsches Recht wenden, müssen auf Grundlage der bestehenden Gesetze zur Rechenschaft gezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Alexander Graf Lambsdorff